

5. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

10. Februar 1954

110/J

Anfrage

der Abg. Dr. Kraus, Dr. Kopf, Hartleb, Ebenbichler,
Dr. Greddler und Genossen

an den Bundesminister für Handel und Wiederaufbau,
betreffend die Liberalisierung und die Reform der österreichischen Zollpolitik.

-.-.-.-.-

Die Abgeordneten des österreichischen Nationalrates sind bis zum heutigen Tage über die Verhandlungen mit der OEEC über die Liberalisierung nur durch Zeitungsmeldungen unterrichtet worden. Die ganze Öffentlichkeit unseres Landes nimmt grössten Anteil an diesen Verhandlungen und der ganzen Entwicklung des Liberalisierungsproblems. Denn von dieser Entwicklung hängt nicht nur die Beschäftigungslage der Wirtschaft, sondern auch die Preisbildung und die Notwendigkeit zu weitgehenden Umstellungen der österreichischen Produktion ab. Mit besonderer Sorge verfolgt man die Frage, ob die derzeit geltenden Zollsätze für eine von jeder Genehmigungspflicht befreite Einfuhr ausreichen. Die Öffentlichkeit hat das Gefühl, dass sowohl in der allgemeinen Wirtschaftspolitik wie in der Zollpolitik schon seit Jahren der Zustand einer weitgehenden Planlosigkeit vorherrscht.

Da die meisten Abgeordneten des österreichischen Nationalrates von ihren Wählern, und zwar sowohl von Vertretern der Arbeitnehmerschaft wie der Unternehmerschaft, in diesen Fragen interpelliert werden, haben sie ein Interesse daran, erstens ausreichend unterrichtet zu werden und zweitens Gelegenheit zur Stellungnahme zu bekommen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Handel und Wiederaufbau die

Anfrage:

Ist der Herr Bundesminister bereit, in einer der nächsten Sitzungen des Nationalrates einen ausführlichen mündlichen Bericht (gemäss § 65 Geschäftsordnung) über folgende Punkte dieses Problems zu geben:

- Wie ist der Stand der Verhandlungen mit dem Handelsdirektorium der OEEC und wie weit ist die Regierung mit der Vorbereitung jener Massnahmen, welche

6. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

10. Februar 1954

einer erfolgreichen Fortsetzung dieser Verhandlungen vorausgehen müssen?

- b) Welche Vorsorge hat die Bundesregierung auf dem Gebiete der Zollpolitik getroffen, um auf dem Gebiete der liberalisierten Waren einen ausreichenden Zollschutz zu schaffen?
- c) Welche Massnahmen sind bereits getroffen oder geplant, um die durch die Liberalisierung notwendig gewordenen Produktionsumstellungen zu erleichtern, z.B. Produktionen, welche durch die Liberalisierung unrentabel werden, durch andere Produktionen zu ersetzen (zwischenstaatliche Industrievereinbarungen über Arbeitsteilung, Assemblingverträge usw.)?
- d) Welche wirtschaftspolitischen Planungen (auf dem Gebiete der Zoll-, Devisen- und Rationalisierungspolitik) hat die Österreichische Bundesregierung ins Auge gefasst, als sie den Liberalisierungsvereinbarungen der OEEC beigetreten ist?
- e) Was sind die mutmasslichen Auswirkungen der derzeit geplanten Liberalisierung auf den Beschäftigungsstand, das Preisniveau und die Rationalisierungspolitik der österreichischen Industrie?

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-